:antifaschistische nachrichten

Nr. 6

g 3336 22.3.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ein Haus mit bedrückender Geschichte

HAMBURG. Ein Haus mit bedrückender Geschichte ist seit vielen Jahren in Hamburg eine Wohnunterkunft für fast 100 wohnungslose Männer. In diesem Haus musste Helmuth Hübener seine letzten Lebensmonate verbringen. Denn: Er war verhaftet und das Haus ein Strafgefängnis. Helmuth Hübener wurde 1942 hingerichtet. Er wurde nur 17 Jahre alt.

Helmuth Hübener war als junger Hamburger als Verwaltungsangestellter in der Sozialbehörde beschäftigt und wurde als Widerstandskämpfer während der Nazi-Diktatur denunziert, verhaftet und zum Tode verurteilt.



Ullrich Sander (hinten), Autor eines Buches über Helmuth Hübener, und Martin Leo, Betriebsleiter von fördern & wohnen, bei der Eröffnung



Originalzitate aus Hübeners Flugzetteln im Treppenaufgang der Wohnunterkunft für wohnungslose Männer

Gemeinsam mit den Bewohnern und den Mitarbeitern von „fördern & wohnen“ wurden zur Erinnerung an Helmuth Hübener, den Namensgeber des Hauses, in Kooperation mit dem Projekt BauArt des Vereins „Kunst und Kultur für Alle e.V“. zwei Kunstwerke geschaffen, die an Helmuth Hübener erinnern und die Vision dieses jungen Widerstandskämpfers künstlerisch übersetzen.

VVN-BdA NRW ■



Unionspolitiker müssen lernen: Antifaschismus ist kein Verfassungsverstoß

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat das Berufsverbot gegen den antifaschistischen Lehrer Michael Csaszkóczy aufgehoben. „Damit hat das Gericht klargestellt, dass Engagement gegen Neofaschismus kein Grund sein darf, Menschen aus dem Berufsleben auszugrenzen. Im Gegenteil: Gerade vor Schülerinnen und Schülern ist es notwendig, eindeutig Farbe gegen Faschismus und Rassismus zu bekennen.“ so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, und die bildungspolitische Sprecherin, Nele Hirsch.

Aus Sicht von Nele Hirsch ist das Urteil eine Blamage für die baden-württembergischen und hessischen Unionspolitiker: „Die stehen offenbar so weit rechts, dass sie Antifaschismus per se für „verfassungswidrig“ halten. Auch in Hessen ist gegen Csaszkóczy ein Berufsverbot verhängt worden. Sie haben offenbar eine richterliche Erklärung gebraucht, um zu begreifen: Antifaschismus ist kein Verfassungsdelikt.“

„Seit 1992 wird Csaszkóczy vom Verfassungsschutz beobachtet, ohne dass sich auch nur irgendein gerichtsfestes Indiz hat finden lassen, das der Eignung des Antifaschisten zum Lehrer entgegenstehen würde“, ergänzt Jelpke. „Das zeigt, dass der Verfassungsschutz ohne Sinn und Verstand und ohne jede Rechtsgrundlage handelt, wenn er einen Menschen siebzehn Jahre lang beobachtet, nur weil er gegen Nazis ist.“

„Union und Geheimdienste sollten endlich damit aufhören, Antifaschistinnen und Antifaschisten zu kriminalisieren“, fordert Jelpke. Bei der nun fälligen Neuentscheidung über Csaszkóczys Einstellung dürfe nicht getrickst werden. „Die Verfassung gefährdet nicht, wer gegen Nazis eintritt, sondern wer Nazigegner unter Generalverdacht stellt.“ Berufsverbote seien ein trauriges Relikt des Kalten Krieges. Jelpke:

„Diese autoritären und europaweit einzigartigen Maßregelungen gegen antifaschistisch und demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger gehören in die Mottenkiste der Geschichte.“

PM Ulla Jelpke, Nele Hirsch, MdB
http://www.ulla-jelpke.de ■

Freispruch!

Vom Bundsgerichtshof freigesprochen wurde der Inhaber des Nix-Gut-Versandes aus Stuttgart. Dieser hatte Anti-Nazi-Symbole wie „durchgestrichene Hakenkreuze” vertrieben und war dafür ausgerechnet wegen Verbreitung von verfassungsfeindlichen Symbolen vom Landgericht Stuttgart zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Bundesvorsitzende der VVN-BdA Pfennig kommentierte das Urteil: „Das ist nicht nur eine Ermutigung für alle, die den Neonazis entgegentreten, sondern außerdem ein Sieg für den gesunden Menschenverstand.“ *Berlin, 15.3.07*

Inhalt:

Mit voller Kraft nach rechts

BERLIN. Als „frischer Wind in der politischen Landschaft“ und „unideologische Kraft für die Erneuerung Deutschlands“ bietet sich eine rechte Gruppierung mit dem Namen „F2 – Die Kraft zum Handeln“ an. In ihrem Programm tritt sie für die „sofortige Erarbeitung einer neuen Verfassung“ ein und will den Einsatz staatlicher Mittel „ausschließlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen für deutsche Arbeitssuchende“. Die Gewerkschaften als „Auslaufmodell des vorigen Klassenkampfjahrhunderts werden überflüssig“, so „F2“ und hätten sich „als Bremsklotz der Entwicklung selbst überlebt“.

Überhaupt müssen Streiks, „die die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit gefährden, oder der volkswirtschaftlichen Entwicklung Schaden zufügen“ verboten werden. Die Förderung „von Familien mit eigenen Kindern“ soll „als Staatsziel in der Verfassung verankert“ werden. Den Kindern sollen wieder „typisch deutsche Tugenden“, wie „Ordnung, Fleiß, Pünktlichkeit, Disziplin, Patriotismus, Nationalstolz“ usw. „anerzogen werden“. Die „antiautoritäre Erziehung und die Erziehung zu Toleranz“ werden von „F2“ „ausdrücklich abgelehnt“. „Die Ohrfeige der Eltern“ wird „ausdrücklich erlaubt“. „Störenfriede“ an Schulen sollen „nachhaltig zurechtgewiesen“ werden und gegebenenfalls von der Schule fliegen. „Kopftuch und andere Vermummungen“ seien „in der Schule und allen anderen Einrichtungen grundsätzlich verboten“. Eine „staatlich geförderte Jugendorganisation“ solle „gesellschaftlich nützliche Aktivitäten“ organisieren. Der Schulalltag müsse mit Fahnenappell und Nationalhymne beginnen. Damit Deutschland „stark und wehrfähig“ sei, soll jeder geeignete Jugendliche „ein Jahr militärisch ausgebildet“ und „alle 6 Jahre zur Reserve eingezogen werden“. Dabei sollen deutsche Soldaten im Inland „uneingeschränkt zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit eingesetzt werden“ können. Zugunsten der „inneren Sicherheit“ soll der „Abhör- und Datenschutz praktisch abgeschafft“ werden und es soll „eine DNA-Erfassung „ALLER Krimineller, Auffälliger und Verdächtiger“ erfolgen. Zur Bekämpfung der Kriminalität müsse „in Wohngebieten der flächendeckende Einsatz von polizeilichen Abschnittsbevollmächtigten“ erfolgen. „Illegal“ in Deutschland lebende Menschen würden „aufgefordert sich unverzüglich bei den Behörden zu melden“, andernfalls würden sie „durch umfassende und aktive polizeiliche und BGS-Maßnahmen ermittelt“, „erkennungsdienstlich erfasst (auch DNA) und sofort außer Landes gebracht“. „Asylanten“ dürften auch „keine materiellen Leistungen vom Staat“ erhalten. Der Islam, so „F2“, sei eine „im Mittelalter stehen gebliebene Religion“, entspreche „nicht deutscher Tradition“ und stelle eine „zunehmende Gefahr für die innere Sicherheit dar“. Er dürfe weder gefördert noch dürften Moscheen gebaut werden. Wer „Islam aktiv praktizieren und leben will“, habe „in Deutschland keine Heimat“. Hingegen solle „die Achtung und die Ehre der Gesellschaft, die UNSEREN Alten“ gebühre, zum Staatsziel werden. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet sich Marina Hoffmann aus dem Berliner Stadtteil Niederschönhausen. Eine Anzeige der neuen „unideologischen Kraft“ erschien auch in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. *hma* ■

Günzel bei „Die Wende“

BURBACH/WENDELSTEIN. Der Verein „Die Wende“, „Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln“, will vom 13. bis 15. April im Familien-Ferienheim Holzhausen in Burbach bei Siegen seine Jahrestagung durchführen. Als Anlass für das Motto der Tagung „Christen und Blasphemie – Gilt Meinungsfreiheit nur für Andere ?“ wird die „gotteslästerliche Werbung“ für die MTV-Zeichentrickserie „Popetown“ genannt, die einen „massiven Angriff auf das Zentrum des christlichen Glauben“ dargestellt habe. Mit „vereinten Kräften“ habe man die „Absetzung der widerlichen Anzeigenkampagne“ erreicht.

Als Referenten auf der Tagung werden angekündigt der Buchautor und „Experte für Sicherheitsfragen“, Dr. Udo Ulfkotte, in der Vergangenheit auch schon Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, der Oberkirchenrat Eduard Berger aus Dresden, der „Lebensschützer“ und „Junge Freiheit“-Autor Mathias von Gersdorff (Frankfurt/Main) von der „Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur“ (DVCK) und der ehemalige Brigadegeneral Reinhard Günzel. Günzel, der Ende 2003 wegen seiner Solidaritätsbekundung an den damaligen CDU-MdB Martin Hohmann entlassen wurde, sieht sich gerade heftiger Kritik ausgesetzt.

Gemeinsam mit dem ehemaligen GSG 9-Chef Ulrich K. Wegener und dem früheren Offizier der Wehrmachts-Eliteeinheit „Brandenburger“, Wilhelm Walter, hatte Günzel im vergangenen Jahr einen Bildband mit dem Titel „Geheime Krieger“ im extrem rechten „Pour le Merite“-Verlag herausgegeben. Darin bekennen sie sich zu den „Brandenburgern“ als militärisches Vorbild für KSK (Kommando Spezialkräfte) und GSG 9.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels kritisierte jüngst: „Wenn das Bild des KSK, das in dem Buch gezeichnet wird, annähernd richtig ist, dann gebe es in den Spezialkräften einiges zu korrigieren“. Günzel und Wegener hätten mit ihren Buchbeiträgen gegen das Mäßigungsgebot für pensionierte Beamte und ehemalige Berufssoldaten verstoßen. Für Bartels handelt es sich hier „um Extremismus aus einer wohldotierten Pension heraus“. Eine Kürzung der Pensionen sei hier ebenso denkbar wie eine Streichung der Titel „Generalmajor a.D.“ bzw. „Brigadegeneral a.D.“. Günzel war erst kürzlich noch als Festredner beim Neujahrsempfang der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ aufgetreten. *hma* ■

Partei sucht Gönner

DARMSTADT. Die neu gegründete Partei „Wertkonservative Demokraten für Deutschland“ (WDD) sucht in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ „konservative Geldgeber und Führungsmitglieder“ für den Aufbau ihres Landesverbandes in Hessen. Die Bereitschaft, „sich professionell für den möglichen Einzug in den hessischen Landtag einzusetzen“, wird hierbei vorausgesetzt. *hma* ■

Geschichte wird gemacht

HAMBURG. Die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V“. (SWG) will am 25. März ein Seminar unter dem Motto „Ursachen des Zweiten Weltkriegs – Fragen von gestern oder für morgen ?“ im Logenhaus durchführen. Als Referenten angekündigt werden die „Junge Freiheit“-Autoren Oberst a.D. Manfred Backerra und Dr. Stefan Scheil, der mit dem Vorwurf der „Geschichtsverfälschung“ belegte Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, 2005 auch Interviewpartner der „Deutschen Nationalzeitung“ sowie Dr. Walter Post. Letzterer

ter Marcus Ulbig, Landrat Michael Geisler, Ralf Hron DGB-Regionsvorsitzender, Pirnas Pfarrer Christian Fleischer, Lohmens Pfarrer Martin Staemmler- Michael , der designierte Vorsitzende der Linksfraktion im Sächsischen Landtag Dr. André Hahn und Johannes Enke von der Aktion Zivilcourage.

Die Inhalte der Reden variierten vom Anstoß zum täglichen Demokratieausüben und Stärkung dieser bis zum charakterisieren der NPD als verfassungsfeindlich und menschenverachtend. Die Sprüche auf den Schildern zeigten, auf wen die Bürger Pirnas wütend waren: „Braune Äpfel sind modrig“, „NPD-Verbot“ und „NPD ist menschenfeindlich“.

Unterstützt von der ab und zu strahlenden Sonne und den positiven Aussagen der Musik zeigten die Anwesenden den vorbeifahrenden NPD-Mitgliedern oder einfachen Passanten ihre Meinung von der NPD und ihrer Empörung darüber, dass sich eine Partei, die die Todesstrafe wiedereinführen will und unsere bestehende Demokratie abschaffen will, hier in Pirna zusammensetzt, um den Landesvorsitzenden zu „wählen“.

Aktion Zivilcourage e.V.
E-Mail: post@zivilcourage-pirna.de |
www.aktion-zivilcourage.de ■

Protest gegen Verkauf von rechtsextremer Propaganda

STUTTGART. Am Samstag, den 10.3.2007, veranstaltete das Aktionsbündnis „Antifaschistische Kehrwochen-Turn it down“ eine Infotour gegen Neo-Nazimusik und rechten Lifestyle in Stuttgart. An den Protesten gegen den Verkauf von rechtsextremer Propaganda beteiligten sich rund 200 Menschen. Zahlreiche Passantinnen und Passanten informierten sich an den Info-Stellwänden oder durch die verteilten Broschüren über die rechten Umtriebe in ihrer Nachbarschaft.

Die Infotour startete an der Leonhardskirche, hier richtete sich der Protest gegen den Laden „American Store“. Der Betreiber Peter Keupp verkauft in seinem Geschäft und über seinen Online-Versand die Bekleidungsmarke „Thor Steinar“, die aus dem Umfeld der Nazi-Szene vertrieben wird.

In Bad Cannstatt führte eine lautstarke Demonstration zur Ruhrstraße 8, wo der Neonazi-Aktivist Sascha Deuerling einen Versandhandel, ein Tonstudio und ein Online-Auktionshaus betreibt. Von hier aus werden nicht nur Rechts Rock-CDs vertrieben, sondern auch Nazi-Kitsch wie SS-Gürtelschnallen oder Ölgemälde von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. In einem Redebeitrag des Aktionsbündnis forderte der Sprecher Frank Seibold die Einstellung des Versandhandels: „Wir werden so lange wiederkommen, bis die neonazistischen Aktivitäten eingestellt werden!“

Ihren Abschluss fand die antifaschistische Info-Tour gegen 18 Uhr in Heslach. Dort probte bis vor einigen Wochen die Neonazi-Band „Sturmpropheten“ im Keller einer Gaststätte. Durch einen offenen Brief des Aktionsbündnisses konnte der Wirt allerdings überzeugt werden, den Mietvertrag zu kündigen.

Dazu „Antifaschistische Kehrwochen“ Pressesprecher Frank Seibold: „Wir bewerten die Kampagne als vollen Erfolg im Kampf gegen rechte Strukturen in Stuttgart. Die Region ist leider ein wichtiger Knotenpunkt im rechten Netzwerk, deshalb wird die Kampagne auch fortgesetzt.“

Geplant seien weitere Aktionstage in Ludwigsburg, Leonberg und weiteren Städten.

Einzig der überzogene Polizeieinsatz wurde vom Aktionsbündnis kritisiert. Die Einsatzkräfte waren mit einem massiven Aufgebot und einer Reiterstaffel vor Ort, die Mehrheit der DemonstrantInnen wurde bei Vorkontrollen gefilmt und schikaniert und die Kundgebungsorte teilweise mit Absperrgittern abgeschirmt.

www.antifa-kehrwochen.de.am ■

Rechte Wahlvorbereitungen

BERLIN. Die NPD hat am 26. Februar bei den Kreiswahlleitern in allen Wahlkreisen Sachsen-Anhalts, in denen sie zu den Kreistagswahlen am 22. April kandidieren will, die notwendigen Unterstützungsunterschriften eingereicht (insgesamt 4.800 in 41 Wahlkreisen). Voraussichtlich nimmt die NPD in sieben Wahlkreisen an der Wahl teil. Im Burgenland-Kreis, wo die NPD bereits mit drei Personen im Kreisparlament vertreten ist, benötigt sie keine Unterschriften. Unterstützt wurde die Unterschriftensammlung von NPD-Mitgliedern aus Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Berlin, Thüringen und Sachsen sowie dem Ring Nationaler Frauen aus dem Bereich Chemnitz-Erzgebirge.

In Wittenberg tritt auf Grund von Absprachen die Deutsche Partei an. in Dessau-Roßlau die DVU. Die Republikaner treten lediglich im Salzlandkreis an, wo für die NPD der ehemalige REP-Landesvorsitzende Peter Walde kandidiert. Insgesamt ließen sich 12 ehemalige Republikaner als NPD-Kandidaten von der NPD aufstellen. Chancen rechnet sich die NPD aus, weil für die Erringung eines Mandats lediglich 1,8 Prozent der Stimmen erforderlich sind.

Newsletter AG Rechtsextremismus/
Antifaschismus der Linkspartei.PDS
3-2007 ■

KV Stuttgart der Deutschen Partei gegründet

STUTTGART. Nach Angaben der rechtextremen Newspage „Altermedia“ wurde am 25. Februar 2007 in Stuttgart ein Kreisverband der „Deutschen Partei (DP) - Die Freiheitlichen“ gegründet. Ziel des Kreisverbandes sei der Einzug in den Stuttgarter Stadtrat und das Regionalparlament bei den Kommunalwahlen 2009. Die Homepage des neuen Kreisverbandes ist derzeit noch nicht erreichbar.

Die „Deutsche Partei“ ist eine rechtsextreme Kleinst-Partei, die etwa 500 Mitglieder hat und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Lange Zeit fungierte die DP als Auffangbecken für unzufriedene Mitglieder der Partei „Die Republikaner“. In jüngerer Vergangenheit vollzog die DP eine stärkere Hinwendung nach ganz Rechtsaußen und beteiligte sich teilweise an der „Volksfront von Rechts“ von NPD und DVU. Laut Angaben von „Altermedia“ soll der kaufmännische Angestellte und Theologie-Student, Ex-Republikaner und Christliche Mitte Funktionär Marius Frosch zum Vorsitzenden der DP Stuttgart gewählt worden sein. Vor seiner Funktion als Kreisvorsitzender der Deutschen Partei Stuttgart hatte Frosch bereits in anderen rechten Gruppierungen Positionen inne. Der Schatzmeister des Kreisverbandes Gernot Hegenbart war 2006 und 2001 Landtagskandidat der Republikaner im Wahlkreis Stuttgart IV und stellv. Kreisvorsitzender in Stuttgart.

Infoladen Ludwigsburg
E-mail :infoladen.lb@gmx.de ■

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken für NPD-Verbot

BERLIN. Der Bundesausschuss der Falken beschloss auf der Tagung vom 24. - 25. Februar in der Bildungsstätte Kurt Löwenstein in Werftpfuhl:

Der Bundesausschuss der SJD – Die Falken unterstützt die Bemühungen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) e.V., ein Verbot der NPD herbeizuführen. Die Delegierten rufen alle Gliederungen der SJD – Die Falken auf, sich an der Unterschriftenaktion des VVN-BdA e.V. „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ zu beteiligen.

Auf der Internetseite zur Kampagne ist nachzulesen, dass bereits über 16000 Unterschriften beim Bundesvorstand der VVN eingetroffen sind. Laufend kommen UnterstützerInnen zur Kampagne hinzu. *www.npd-verbot-jetzt.de* ■

Mégret in der „Patriotischen Union für Le Pen“: Hinsetzen, Mund halten...

Paris. Hinsetzen, Mund halten und möglichst intelligent dreingucken: Darauf beschränkt sich (bisher) letztendlich die Rolle, die dem ehemaligen rechtsextremen Chefideologen Bruno Mégret im diesjährigen Wahlkampf Jean-Marie Le Pens zukommt. Mégret hatte sich zum Jahreswechsel 1998/99, mit über der Hälfte der Kader und Funktionäre sowie der rechtsextremen Intellektuellen, vom Front National (FN) abgespalten. Hauptgrund war der Alleinherrschafts-Anspruch des alternden FN-Chefs. Die eigene Parteigründung Mégrets, der MNR (Mouvement national-républicain), scheiterte jedoch politisch. Seit Dezember 2006 haben Le Pen und Mégret sich offiziell wieder aneinander angenähert, wobei Mégret „ohne Gegenleistung“ die Präsidentschaftskandidatur Le Pens unterstützt (AN berichteten).

Im Vorfeld der Le Pen'schen Großveranstaltung in Lille, am letzten Wochenende in Februar, war über eine eventuelle Teilnahme Mégrets als Redner gestritten worden. Die “Modernisierer“ der Partei, rund um die Cheftochter Marine Le Pen und um ihren Vertrauten Louis Aliot (den 36jährigen Generalsekretär des FN), waren dagegen. Die Altkader um Carl Lang und auch Bruno Gollnisch hingegen waren dafür. Letztendlich wurde Mégret, durch Fortekeln, erfolgreich von der Veranstaltung in Lille ferngehalten.

In Lyon, zwei Wochenenden später, war Mégret nun doch noch dabei. Nur reden durfte er nicht. An Le Pens dortiger Großveranstaltung am Sonntag, den 11. März nahmen mehrere Persönlichkeiten der extremen Rechten teil, die in der Vergangenheit aus dem einen oder anderen Grund mit Le Pen gebrochen hatten. Sie saßen auf dem Podium, durften jedoch nicht als Redner auftreten – so der Regieplan. So traf man im Lyoner Kongresspalast auf Bruno Mégret; Pierre Vial, den ehemaligen Hardcore-Rassenideologen des FN, der bei der Abspaltung im Dezember 1998 Mégret folgte, sich aber schon 2001/02 enttäuscht wieder von ihm abwandte und noch Kommualparlamentarier in Villeurbanne nahe Lyon ist; Claude Reichman, eine der Führungspersonen der thatcheristischen, ultra-wirtschaftsliberalen Vereinigung „La Révolution bleue“ (Blaue Revolution), Animateur einer Sendung auf dem rechten Radio Courteoisie und Präsident einer „Bewegung“ für die Privatisierung der Krankenversicherung; den Schriftsteller Alain Soral (siehe vorige Ausgabe der AN) sowie Christian Pérez, den Chef einer Kleinpartei namens Parti populiste, die aus einer Abspaltung vom MNR hervorging. Hübsche Sammlung...

Nicht gekommen war jedoch Bernard Antony, der ehemalige Kopf der „Comités Chrétienté-Solidarité“ und ehemalige Chef des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels des FN. Antony ist im Frühjahr 2006, aus Protest gegen die „Modernisierungstendenzen“ und gegen den (mit ihnen verbundenen) Aufstieg der Cheftochter Marine Le Pen, als Parteimitglied aus dem FN ausgetreten. Nach wie vor bewegt er sich allerdings im Umfeld des Front National. Er erklärte jedoch, keine Lust zu haben, 1.000 Kilometer aus Südwestfrankreich – er ist in der Gegend um Toulouse ansässig – anzureisen, um nur schweigend auf der Tribüne zu sitzen, wo er ebenfalls einen Platz einnehmen sollte.

BhS, Paris ■

Fortsetzung von Seite 5

Le Pen mal wieder als „Opfer des Systems“

Doch manche Bewerber haben es auch geschafft, die Spielregeln umzukehren und zu ihren eigenen Gunsten umzumodeln. Viele kleinere politische Parteien, wie die Grünen und die Trotzkisten, plagen und schinden sich ab und schicken ein Jahr lang ihre Mitglieder quer durch Frankreich über die Landstraßen, um im Namen des Pluralismus bei den Bürgermeistern auch in abgelegenen Zonen anzuklopfen. Nicht so viel Mühe gibt sich ein anderer Bewerber, der es immer wieder schafft, auf ganz andere Weise einzugreifen und die Regeln des Spiels wahrhaft zu pervertieren: Jean-Marie Le Pen hat zum wiederholten Male die Tücken des Wahlsystems genutzt, um sich öffentlichkeitswirksam in den Medien als „Opfer des Systems“ in Szene zu setzen. Wie schon 2002 unterhielt er wochenlang die Aufregung darüber, ob er es überhaupt schaffe, zu den Wahlen anzutreten oder nicht – und war damit auf einen Dauerplatz in den Schlagzeilen abonniert. Es stimmt übrigens, dass es seltsam wäre, würde ein Kandidat, der es beim letzten Mal bis in die zweite Runde – die Stichwahl – geschafft hat, aus formalen Gründen (und nicht etwa aufgrund eines Parteiverbots) von einem erneuten Wahlantritt abgehalten.

Nicht klar ist dabei bis heute, ob es sich in den letzten Tagen vor dem Abgabeschluss für die Unterschriften um einen gezielt inszenierten Bluff handelte, oder ob Le Pen tatsächlich die Unterschriften fehlten. Angeblich benötigte er anderthalb Wochen vor Torschluss noch 117 Unterstützungsunterschriften, nachdem einige Bürgermeister wieder abgesprungen seien, die ihm in den Monaten davor ihre Unterschrift versprochen hätten.

Unterschriften beisammen: Dank Sarkozy?

Am 5. März 2007 erklärte der französische Innenminister und konservative Kandidat Nicolas Sarkozy (UMP) explizit, er würde „dafür kämpfen“, dass Le Pen seine Unterschriften erhält. Um nicht gar zu parteiisch zu erscheinen, fügte er hinzu, es sei demokratiepolitisch „wünschenswert“, dass sowohl Le Pen als auch der marxistische Kandidat Olivier Besancenot ihre 500 Unterschriften bekämen. Anordnungen an die Mandatsträger seiner Partei schloss er jedoch aus. Hintergrund ist aber auch, dass bis zu 85 Prozent der Le Pen-Wähler laut Umfragen ins Auge fassen, im zweiten Wahlgang für Nicolas Sarkozy zu stimmen. Könnte er nicht zur Wahl antreten, hat der Chef des Front National (FN) bereits damit gedroht, die derzeit Regierenden – also Sarkozy – abzustrafen und einen gegenlautenden Stimmaufruf zu seinen Ungunsten zu erlassen. In den Tagen nach dem Statement des Ministers hat Le Pens Wahlkampfteam angeblich binnen kürzester Zeit das Eintreffen von um die 100 neue Unterschriften verzeichnet, oft wohl aus dem Umfeld der UMP. Dagegen hatte Besancenot, der Kandidat der trotzkistisch-undogmatischen LCR, weitaus größere Mühe und erhielt nur ein halbes Dutzend Unterschriften aus dem konservativen Lager. Eine davon, die des früheren Kulturministers Jean-Jacques Aillagon, erhielt er dank einer Losziehung: Der Abgeordnete hatte erklärt, er werde seine Unterschrift unter den „kleineren Kandidaten“ auslosen. Auch in ein paar anderen Fällen wurde der diesjährige Run auf die Unterschriften als politisches Spektakel inszeniert; ein Bürgermeister in der Normandie wollte sein Autogramm gar gegen Geld versteigern, was freilich illegal wäre und letztlich nicht zustande kam.

Bernhard Schmid (Paris) ■



Aber auch in den Reihen der Linkswähler sind rechtsextreme Positionen keine Seltenheit. Die bereits erwähnte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies neuerlich unterstrichen. Danach muss nahezu jeder dritte Anhänger der Linkspartei.PDS und der WASG als ausländerfeindlich und immer noch jeder zehnte als chauvinistisch gelten. Im Bereich der Ausländerfeindlichkeit werden die Werte der Linkswähler sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik nur von der Gruppe der Nichtwähler und mit deutlichem Abstand von den Wählern rechtsextremer Parteien übertroffen.

Ein Ergebnis, das aufhorchen lässt, weil es weder mit linken Grundwerten noch mit der Programmatik der Linkspartei.PDS oder ihren Wahlaussagen in Einklang zu bringen ist.

Ein dringlicher Hinweis aber auch darauf, dass es der Linkspartei.PDS bisher nicht flächendeckend gelungen ist, die irrige Verknüpfung zwischen Migration und Arbeitslosigkeit aufzulösen bzw. gegen rassistische Weltbilder in den eigenen Reihen erfolgreich anzugehen. Ähnliche Untersuchungsergebnisse gibt es übrigens auch für die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder.

Inwieweit dieser offenkundige Widerspruch zwischen linker Programmatik und den Einstellungen der Anhängerschaft bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ausschlaggebend für eine, wenn auch im Vergleich zu CDU und SPD überschaubare, Wählerwanderung von links in Richtung NPD gewesen ist, ist nur schwer auszumachen.

Klar auf der Hand liegt hingegen, dass ein Teil der bisherigen Linkswähler in ihrer Proteststimmung durchaus auch vom rechtsextremen Lager angesprochen werden kann. Gleiches gilt für die wachsende Zahl der Nichtwähler, die, wenn sie sich doch zum Urnengang entscheiden, zuletzt eher rechts als links gewählt haben. Ein Umstand, der für die Linke umso schmerzhafter ist, handelt es sich bei den Wählern neonazistischer Parteien doch zu einem hohen Prozentsatz um genau jene gesellschaftlichen Gruppen, deren sozioökonomische Partizipation im Zentrum linker Theorie und Praxis steht.

Der Rechtsschwenk ehemaliger Linkswähler und die nachlassende Mobilisierungsfähigkeit der Linkspartei.PDS im eher diffusen Nichtwählerspektrum bergen aber nicht nur Gefahren für die Partei selbst. Insbesondere in Ostdeutschland ist damit auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension verbunden, die nicht zu unterschätzen ist. Denn bis dato ist es keiner anderen Partei in einem vergleichbaren Maße gelungen, weit verbreitete systemkritische Stimmungen und Protestpotenziale in einem demokratischen Kontext zu binden und politisch wirksam werden zu lassen. Das Engagement gegen Sozialabbau, gegen die Verödung ganzer Landstriche oder die neoliberale Deformation gesellschaftlicher Strukturen blieben dadurch weitgehend verkoppelt mit den antirassistischen und demokratischen Grundsätzen fortschrittlicher Politik.

Eine Reihe von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen kommt jedoch der auf Ausgrenzung und einfache Weltbilder setzenden Strategie von Rechts entgegen. So reduziert sich die politische Debatte in der Öffentlichkeit zunehmend auf den Austausch von Schlagworten. Gleichzeitig schwindet das allgemeine Wissen um komplexe politische Zusammenhänge. Nicht selten besteht, zumindest in Teilen der Bevölkerung, auch einfach kein Interesse an der Auseinandersetzung mit komplizierten oder widersprüchlichen Sachverhalten. Darüber hinaus sind langwierige demokratische Aushandlungsprozesse nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Propaganda und Praxis weitgehend delegitimiert. Die daraus resultierende Schnittmenge zur rechtsextremen Ideologie lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Der Stärkere setzt sich durch – und zwar rücksichtslos und möglichst schnell. Einfache und scheinbar radikale Lösungen gewinnen vor diesem Hintergrund zunehmend an Attraktivität.

Die Politik ist demnach gefragt, Antworten auf Prozesse der Ent-Demokratisierung zu finden. Die Politik- bzw. Politikerverdrossenheit ist dabei nur ein Moment, wenngleich es in den Medien eine hohe Präsenz erfährt. Viel grundlegender sind Fragen eines demokratischen Miteinanders und des Gefühls, die Geschicke des eigenen Lebens nicht mehr bestimmen zu können, weil Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Entsolidarisierung oder der Druck im Berufsleben die persönlichen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten massiv einschränken.

Dazu kommt die Kapitulation der Politik vor Herausforderungen wie der Globalisierung oder der Arbeitsmarktpolitik, die einer Selbstdelegitimierung gleichkommt. Zu Recht steht die Frage im Raum, weshalb man noch zur Wahl gehen oder sich engagieren soll, wenn angeblich keinerlei politischer Handlungsspielraum mehr besteht, sondern alle Verantwortung in die privatökonomische Sphäre abgewandert ist.

Dabei sind es gerade Fragen nach gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit, nach einer sich stetig öffnenden Schere zwischen Arm und Reich und nach der Integration von Millionen Arbeitslosen, die die Menschen emotional bewegen, während sich die Politik zunehmend in unverständlichen Fachdebatten verschleißt.

Das Helmut Schmidt zugeschriebene Motto: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, hat in der politischen Landschaft erheblichen Schaden angerichtet. Menschen



www.arbeiterfotografie.com, Mittenwald 2003

Seit mehr als 50 Jahren treffen sich jährlich zu Pfingsten greise Gebirgsjäger-Kameraden der Wehrmacht im Schulterschluss mit ihren Bundeswehrnachfolgern im bayerischen Mittenwald. Trotz der stark rückläufigen Teilnehmerzahl ist es die letzte größere soldatische Feier Deutschlands. Von einer Bundeswehrkapelle begleitet, findet unter den Fahnen revisionistischer und faschistischer Organisationen – u.a. der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger – ein ökumenischer Feldgottesdienst statt. Man gedenkt unterschiedslos aller „Opfer“ des Zweiten Weltkrieges, seien es deutsche Gebirgsjäger, Soldaten der Alliierten, so genannte „Vertriebene“, Angehörige der Mussolini-treuen „Divisione Monterosa“ oder in Afghanistan gestorbene Bundeswehrsoldaten. Mit Ansprachen bayerischer Politprominenz versichert die Zivilgesellschaft der Bundeswehr, dass man nach wie vor hinter ihr stehe und stolz auf sie sei. Hochrangige Militärs fordern Kampfbereitschaft und Kriegseinsätze zur Sicherung „deutscher Interessen“ weltweit. Antisemitische Ausfälle gegen Überlebende der Shoah begleiten die Veranstaltung.

Die von Gebirgsjäger-Einheiten in ganz Europa verübten Kriegsverbrechen und Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges werden vom Kameradenkreis dagegen bis heute geleugnet. Lediglich zwei Massaker werden inzwischen eingestanden: die Ermordung von 317 ZivilistInnen im nordgriechischen Kommeno sowie die Erschießung von circa 4000 entwaffneten italienischen Soldaten auf der griechischen Insel Kephallonia.

Geschichtsrevisionismus und Strafvereitelung

Obwohl die Staatsanwaltschaft München Ermittlungen gegen die Mörder von Kommeno eingeleitet hatte, nachdem der AK Angreifbare Traditionspflege ihr die Namen der Beteiligten mitgeteilt hatte, darf bezweifelt werden, dass es zu einem Verfahren kommen wird. Das zeigte zuletzt wieder der juristische Umgang mit dem zweiten vom Kameradenkreis eingestandenen Massaker, der Ermordung italienischer Kriegsgefangener auf Kephallonia. Lediglich Gebirgsjäger-General Hubert Lanz, der die Gebirgsjäger auf Kephallonia befehligte, wurde in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse zu 12 Jahren Haft verurteilt. Bereits 1952 konnte er das Gefängnis wieder verlassen, um umgehend Ehrenpräsident des Kameradenkreises der Gebirgstruppe zu werden. Ermittlungen in den 1960er Jahren verliefen im Sande. 2002 wurden neue Ermittlungen aufgenommen und 2006 von der Staatsanwaltschaft München erneut eingestellt. In der Einstellungsverfügung hieß es: Es habe sich bei den Italienern nicht um normale Kriegsgefangene gehandelt. „Aus Verbündeten wurden sie zu heftig kämpfenden Gegnern und damit im Sprachgebrauch des Militärs zu ‚Verrätern‘.“ Unter Rückgriff auf Argumente aus dem NS verhindert die deutsche Justiz wieder mal eine Verfolgung der Vollstrecker des Vernichtungskrieges. Die Anwälte von Angehörigen der Ermordeten werten dies als ernsten Fall von Justizrevisionismus, mit dem die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse in Frage gestellt werden sollen.

Mittenwald ist auch anderswo!

Seit unserer ersten Intervention in Mittenwald 2002 ist das politische und öffentliche Interesse an der Bestrafung von NS-Kriegsverbrechern und der Verhinderung von Veteranenveranstaltung von Wehrmacht und Waffen-SS stark gewachsen. Es gab an vielen Orten – von Hamburg, Eschweiler, Wunsiedel über Kreta bis zum Ulrichsberg in Kärnten – Initiativen gegen die Mörder und ihre Veranstaltungen.

Dieses Jahr wollen wir unseren Fokus zusätzlich auf besonders widerwärtige Veranstaltungen in Bayern richten. Da Ministerpräsident und Gebirgsjägerkamerad Stoiber aufs Altenteil wechselt, verzichten wir auf unseren traditionellen Auftritt in Wolfratshausen. Wir rufen dieses Jahr dazu auf, lokale Bündnisse, Demonstrationen und Aktionen gegen die Gedenkfeier der Waffen-SS-Kameradschaft „Charlemagne“ am 8. Mai 2007 in Bad Reichenhall, gegen den „Kreta-Tag“ am 20. Mai 2007 ebenfalls in Bad Reichenhall, bei dem die Gebirgsjäger die Invasion von Kreta feiern, zu bilden und zu unterstützen und wir unterstützen natürlich die Aktivitäten gegen die revisionistische Annaberg-Feier des „Freikorps Oberland“ am 20. Mai 2007 in Schliersee (Treffpunkt für die Antifa-Demo: 10:00 Uhr Bahnhof Schliersee, Infos: www.freikorps-oberland.de).

Auch Pfingsten 2007 werden wir wieder dagegen protestieren, dass die Soldaten des Vernichtungskrieges ihre Tradition ungestört an die Kameraden der Bundeswehr weitergeben können. Wir werden es nicht dulden, dass deutsche Soldaten zu „Opfern“ umgelogen werden sollen – weder in Mittenwald, noch in Bad Reichenhall, noch sonst wo. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegensteht.

Mord verjährt nicht –Verurteilung der Kriegsverbrecher – Entschädigung aller NS-Opfer! Bundeswehr – wegtreten! Für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Hohen Brendten! ■

Vorläufiges Programm in Mittenwald

Pfingstsamstag, 26. Mai 2007

ab 10 Uhr ZeitzeugInnen-Veranstaltung u.a. mit Marcella und Enzo de Negri, Tochter und Sohn des auf Cefalonia von Gebirgsjägern ermordeten Hauptmanns Cap.Francesco De Negri.
nachmittags Veranstaltung „Neue Kriege, Bundeswehreinsätze, Antimilitarismus, Erinnerungspolitik“, Stadtrundgang
abends Open-Air-Konzert, mit Gasparazzo/Italien, Microphone Mafia.
Außerdem von Samstag 18 Uhr bis Sonntag 18 Uhr **Dauerkundgebung** vor der katholischen Kirche Verlesung der 4000 Namen der auf Kephallonia Ermordeten

Pfingstsonntag, 27. Mai 2007

Schwerpunkt Protest am Hohen Brendten – das Mahnmal auf dem Berg wurde vor 50 Jahren eingeweiht.
9 – 13 Uhr angemeldet wurden **zwei Kundgebungen** auf dem Hohen Brendten und eine im „Gries“ in Mittenwald
14 -17 Uhr Demo durch Mittenwald

Aktuelle Informationen zum Programm, bundesweiten Mobilisierungsveranstaltungen sowie Material zum Downloaden gibt es unter http://mittenwald.blogsport.de und www.nadir.org/mittenwald
Spendenkonto: freie Medien e.V., KontoNr. 470 834 437, BLZ 360 100 43, Postbank Essen, Stichwörter: „Mittenwald“ und „Mittenwald-Repression“

einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23, 1 AufenthG in den Personenkreis der „Anspruchsberechtigten“ nach § 1 AsylbLG.

4) Es bleibt dabei, dass ein Bleiberecht nur für die Jungen, Leistungsstarken, Gesunden erreichbar ist. Alte, Kriegsverletzte, Kranke oder Schwerbehinderte haben auch nach dem neuen Koalitionskompromiss keine Chance auf ein Bleiberecht, da sie voraussichtlich nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu finanzieren. Selbst das niedersächsische Innenministerium räumt ein, dass die theoretische Möglichkeit einer privaten Bürgschaft nicht praktikabel ist, da die Krankenkassen eine Krankenversicherung dieses Personenkreises verweigern und das Krankheitsrisiko privat nicht abgesichert werden kann.

5) Im Ergebnis führt die Bleiberechtsregelung daher voraussichtlich zu einer Selektion nach dem Kriterium der Nützlichkeit: Die Leistungsfähigen bleiben, die Schwachen werden abgeschoben. Zu befürchten ist, dass es in diesem Zusammenhang auch zum Auseinanderreißen von Familien kommen wird. Eine solche Auswahl der vom Bleiberecht Begünstigten dürfte zur Folge haben, dass der Gewinn, den die öffentlichen Kassen aus der Einwanderung ziehen, noch gesteigert wird (siehe Online-Fassung http://www.capital.de/politik/100004919.html).

Erhebliche Zweifel sind jedoch angebracht, ob diese Politik auch mit dem Sozialstaatsprinzip und dem gerade von konservativer Seite immer wieder beschworenen Schutz der Familie im Einklang steht.“

Quelle: flucht mailing list - flucht@nds-fluerat.org 13.3.07 ■

Stoibers erfolgreicher Kreuzzug gegen ein humanitäres Bleiberecht

Berlin. Kritisch äußert sich auch die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, und die migrationspolitische Sprecherin, Sevim Dagdelen um Bleiberechtskompromiss :

„Die Hardliner aus den Ländern haben sich durchgesetzt, die SPD ist umgefallen“, resümiert Dagdelen. „Bleiben dürfen künftig nur jene, die bis zum 31. Dezember 2009 eine Arbeit gefunden haben, von der sie unabhängig von staatlichen Leistungen leben können. Wer das nicht kann, bleibt weiterhin rassistischen Diskriminierungen wie der Gewährung von Sozialleistungen in Form von Sachstatt Geldleistungen und der Unterbringung in Sammelunterkünften ausgesetzt.“

„Der ohnehin armselige Koalitionsvorschlag für eine Bleiberechtsregelung wurde weiter verschlimmbessert“, erklärt Jelpke. Für die meisten der etwa 180.000 Betroffenen bleibe es bei einem rechtlosen Aufenthalt auf unbestimmte Zeit. „Besonders betroffen sind alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderungen. Auch Alleinerziehende haben kaum eine Chance, die Kriterien zu erfüllen. Besonders tragisch ist, dass dieses gesetzliche Bleiberecht mit extremen Verschärfungen beim Familiennachzug und bei der Verlängerung einer schon erteilten Aufenthalterlaubnis erkauft wird.“

Für beide Politikerinnen steht fest, dass die Bleiberechtsregelung neue Kettenduldungen schafft und Menschen in die Illegalität treibt. „Diese Menschen können nicht zurück in ihre Herkunftsländer. Deshalb ist eine Bleiberechtsregelung notwendig, die allen in Deutschland lebenden Flüchtlingen eine sichere Zukunftsperspektive bietet. Die zentralen Kriterien müssen dabei Humanität, Schutz und Hilfe sein – nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit“, so Dagdelen und Jelpke. *PM Di., 13.03.2007* ■

Internationale Beobachtung beim Oury-Jalloh-Prozess

Dessau. Am 27. März wird der Prozess gegen zwei Polizeibeamte am Landgericht Dessau eröffnet. Sie sollen für den Tod des 21-jährigen Asylbewerbers Oury Jalloh verantwortlich sein, der im Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle verbrannte. Die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ organisiert eine internationale Beobachtung des Prozesses. Unter den ProzessbeobachterInnen werden RechtsanwältInnen, MenschenrechtsaktivistInnen sowie Betroffene von Rassismus sein, unter ihnen die Autorin Rosa Plumelle-Uribe aus Frankreich, Suresh Grover aus London, der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr und der Rechtsanwalt Rolf Gössner. Geplant ist auch, dass ein Rechtsanwalt aus Südafrika nach Dessau kommt. Ein Teil der Kosten wird von verschiedenen Stiftungen getragen. Dennoch ist die Initiative auf großzügige Spenden angewiesen, sonst droht das gesamte Projekt der Prozessbeobachtung zu scheitern.

www.plataforma-berlin.de ■

Spenden bitte an: Antirassistische Initiative, Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr.: 3039600, BLZ: 100 205 00, Stichwort: Dessau.

Kosovo-Flüchtlinge zwischen Rückkehr, Abschiebung und Bleiberecht

Berlin. Die Verhandlungen um den künftigen Status des Kosovo treten in die entscheidende Phase. Gewalttätige Proteste gegen die Pläne des UN-Vermittlers Ahtisaari haben vor Kurzem erst wieder gezeigt, dass die Lage im Kosovo instabil ist. Trotz einiger positiver Tendenzen gilt dies seit Ende des bewaffneten Konfliktes im Kosovo vor acht Jahren. Neben der unsicheren Zukunftsperspektive haben andere Probleme dazu geführt, dass sich nach wie vor Flüchtlinge in relativ großer Zahl in Deutschland aufhalten. Bei einer Pressekonferenz in Berlin fordert PRO ASYL die Abkehr Deutschlands von der bisher verfolgten Politik eines kontinuierlich erhöhten Ausreisedrucks. Angesichts der weiterhin schwierigen Situation im Kosovo sind Abschiebungen nicht vertretbar.

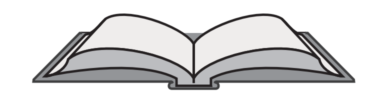
Insgesamt leben zur Zeit ca.50.000 Menschen aus dem Kosovo mit einem ungesicherten Status in Deutschland, unter ihnen mehr als 35.000 Angehörige der Minderheiten der Roma, Ashkali und „Ägypter“. Unter den Langzeitgeduldeten, über deren Schicksal die Regierungskoalition in Berlin zur Zeit verhandelt, gehören Kosovo-Flüchtlinge zu den Personengruppen mit der längsten Aufenthaltsdauer.

Zur Zeit sind einzig noch Serben und Roma aus dem Kosovo nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz von Rückführungen/Abschiebungen ausgenommen. Wer ansonsten nicht unter die Bleiberechtsregelung der IMK vom 17. November 2006 oder eine kommende bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung fällt, dem droht die Abschiebung – in vielen Fällen nach mehr als 10 Jahren Aufenthalt in Deutschland.

Im letzten Jahr wurden knapp 1.500 Personen in das Kosovo abgeschoben, im Jahr 2005 insgesamt 1.725. Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer sinkt stetig.

Die Gründe dafür fasst Karsten Lüthke, bis vor einigen Monaten als Repatriation Adviser für UNMIK im Kosovo tätig, in einem aktuellen Papier „Perspektiven bei einer Rückkehr in das Kosovo, insbesondere für Angehörige ethnischer Minderheiten“ zusammen:

◗ **Unterstützungsstrukturen**, auf die Rückkehrer in das Kosovo zurückgreifen können, *sind kaum vorhanden*. Rückkehrer berichten, dass sie von deutschen Ausländerbehörden unter Hinweis auf – tatsächlich nicht vorhandene – Unterstützung vor Ort zur Rückkehr „überredet“ worden seien. Tatsächlich sind sie weitgehend auf sich selbst gestellt oder auf Unterstützung durch den Familienverband angewiesen. Hilfsprogramme der Nichtregierungsorganisationen für Rückkehrer sind inzwischen stark eingeschränkt worden. Abgeschobene aus westeuropäischen Staaten können mit keinerlei Hilfe von nichtstaatlichen Organisationen rechnen. UNMIK verfügt über keine eigenen Mittel zur Unterstützung bedürftiger Rückkehrer. Für den Zugang zu sozialen Leistungen gibt es hohe Hürden. Obwohl Sozialhilfeleistungen 30% des Gesamtsbudgets des Kosovo ausmachen, leben 37 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.



Neues aus der Faschismusforschung?

Das Hamburger Institut für Sozialforschung, v.a. bekannt wegen seines Hauptsponsors Jan Philipp Reemtsma, hat sich in den letzten Jahren durch seine Beteiligung an der Reetablierung der längst entschlafen geglaubten Totalitarismustheorie – die Faschismus und Kommunismus unter dem Stigma der Gewaltherrschaft in eins setzt – von (ehemals) links hervorgetan. Wenn die neueste Ausgabe seines Hausblattes – Mittelweg 36 – in dieser Situation einen Schwerpunkt zur aktuellen Faschismusforschung ankündigt, kann einem schon mulmig werden. Vorweg gesagt, nicht alle der in diesem Heft versammelten Autoren stricken an dieser Legende.

Einleitend erläutert Sven Reichardt den Ansatz des Themenschwerpunkts: In den 90er Jahren habe es international eine neue „Welle der vergleichenden Faschismusforschung“ gegeben, die aber in Deutschland kaum wahrgenommen worden sei. Die dann folgenden Beiträge sollen die Hauptstränge dieser Analysen einem deutschen Publikum zugänglich machen. Diesem Ansinnen werden sie leider nur ansatzweise gerecht, was auch an ihrer Kürze liegen mag.

Die großen Divergenzen der aktuellen Forschung lässt Michael Manns Versuch einer Faschismus-Definition, der jeglicher sozialer Inhalt fehlt, erkennen. „Auf die kürzeste Formel gebracht ist Faschismus das Bestreben, eine transzendente und säubernde Nationalstaatlichkeit durch paramilitärische Organisationen zu schaffen.“ Sein Paradigma lautet, man dürfe sich nicht „einfach auf die Seite der ‚materialistischen‘ Alternative () schlagen und nach der Beziehung des Faschismus zu den Klassen und zum Kapitalismus“ fragen. Andernorts ist von Faschisten noch als „nichtmaterialistische Linke“ die Rede und von „Rasse (, die) eine Eigenschaft (ist), mit der wir auf die Welt kommen“ – womit sich der Autor endgültig selbst disqualifiziert hat.

Laut Robert O. Paxton war die Programmatik für erfolgreiche faschistische Bewegungen stets nebensächlich, denn „weder annullieren noch revidieren“ sie diese, sondern sie „ignorieren sie einfach und handeln in vollkommen entgegengesetztem Sinn“ – ihre Analyse reiche daher nicht für eine Klassifizierung dieser Bewegungen aus. Ein Vergleich verschiedener faschistischer Bewegungen ergibt daher durchaus Unterschiede im Äußerlichen („in ihren Symbolen, ihrem Dekor und selbst in ihrer politischen Taktik“, ihrer Ästhetik und ihrer sozialen Zusammensetzung), entscheidend seien aber ihre Funktionen. V.a. für das Bürgertum sei „die erfolgreiche Bildung neuer faschistischer Volksparteien, die über Klassengrenzen hinweg eine Massengefolgschaft an sich binden können“, ein attraktiver Bündnispartner, da die Konservativen trotz der „Schwäche eines liberalen Staates“ und „eine(r) politisch festgefahrene(n) Situation“ „ihr angeschlagenes Regiment weiterführen wollen“.

Emilio Gentile schließlich sieht in seinem ansonsten nicht weiter bemerkenswerten Beitrag den Faschismus als „absolute Antithese“ zum Sozialismus und Kommunismus, da ersterer „auf dem Nationalismus beruht, (...) während sein Sozialismus ambivalent bleibt. Er erweist sich bei genauerem Hinsehen weder als egalitär noch als internationalistisch und zielt auch nicht auf die Aufhebung der Klassen und die Emanzipation der Menschheit (...)“.

Die in der Februar/März-Ausgabe von Mittelweg 36 versammelten Thesen sind in ihrem Kern alles andere als neu. Unter der Behauptung mittels einer vergleichenden Faschismusforschung das Rad neu erfunden zu haben, werden letztlich längst geführte Debatten neu aufgewärmt. Insofern gibt dieses Heft einen Einblick in die aktuelle Forschungslandschaft – der nicht nur erfreulich ausfällt. Wer sich für die verschiedenen Kontroversen zum Thema Faschismus interessiert, ist mindestens ebenso gut bei der schon etwas älteren Überblicksdarstellung Ian Kershaws (Der NS-Staat, s. Rez. in AN 25/1994) aufgehoben.

Positiv hervorzuheben ist allerdings ein Beitrag außerhalb des Themenschwerpunktes, der über den Bund, Gemeinschaft für sozialistisches Leben und seinen Widerstand im „Dritten Reich“ berichtet. Diese kleine Vereinigung mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet versuchte, sozialistische Ideale bereits im Organisationsleben der Gegenwart umzusetzen nach ihrem Motto: „Wer die bescheidenste Erkenntnis ins Leben umsetzt, ist der Wahrheit näher, als wer die erhabenste nur erforscht und verkündet“. Der Bund erwies sich in der Zeit des Faschismus als stabil. Ihm gelang es, einigen Juden das Leben zu retten. Nach dem Faschismus wirkte seine bündische Organisationsform allerdings atavistisch, und so spielte er im Nachkriegsdeutschland keinerlei Rolle mehr, wodurch auch die Erinnerung an seinen Widerstand lange Zeit verloren gegangen war. *F* ■

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, H. 1 (Feb./Mär), 16. Jg. (2007), 121 S., 9,50 Euro

Neue Broschüre zu G8 und Krieg

Antimilitaristische Positionen zum Gipfel in Heiligendamm

Die Informationsstelle Militarisierung hat gemeinsam mit der attac-Projektgruppe G8 einen Reader zur Mobilisierung zum G8-Gipfel herausgegeben: Er kann für 2 Euro pro Stück + Porto bei uns bestellt oder im Internet herunter geladen werden. www.imi-online.de/download/g8readerWEB.pdf

Wir dokumentieren das Vorwort:

Mehr als nur dagegen sein!

Seit zwei Jahren werden nun bereits die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vorbereitet. Lange bevor die Sperranlage um das Fünf-Sterne-Hotel Kempinski aufgebaut wurde, vernetzten sich AktivistInnen aus ganz Deutschland und dem Ausland, um zu mobilisieren, Infrastruktur vorzubereiten und aktionsfähige Bündnisse zu schmieden. In allen möglichen Städten, nicht nur den üblichen Protesthochburgen, gab es Vorbereitungstreffen und Mobilisierungsveranstaltungen. Viel wurde diskutiert in den letzten Monaten – über den Sinn und Unsinn von Gipfelprotesten, über die Aktionsformen, über Nutzen und Grenzen der Kooperationen und über die Schwerpunktthemen, das Motto der Proteste.

Insofern kann man den Gipfel fast als Segen betrachten, weil er als gemeinsamer Angriffspunkt linke Debatten angestoßen hat und womöglich in eine vielfältige Praxis mit gemeinsamer Stoßrichtung mündet. Dabei ist es explizit nicht so, dass sich die Aufrufe zu Protesten auf ein bloßes Dagegen-sein reduzieren würden. Im Gegenteil wurden ins Zentrum der Mobilisierung Themen gerückt, die auf der offiziellen Agenda der G8 überhaupt nicht oder nur am Rande vorkommen.

2005 in Gleneagles war das noch anders: Während drinnen die Staatsoberhäupter über die „Entwicklung Afrikas“ diskutierten, wurde draußen gefordert „make poverty history“ – „macht, dass Armut zur Geschichte wird“. An wen sich diese Forderung genau richtete, blieb unklar, doch man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren (und die Presse interpretierte das natürlich auch so), dass sich diese Forderung an die politischen Gegner richtete. Wenn dem so war, dann wurde damit dem Anspruch der G8-Vertreter, als eine – wenn

So muss ein Scheinargument zur Verteidigung der Nation herhalten.

uld ■

Rechte gegen Tornadoeinsatz in Afghanistan

Junge Freiheit Nr. 11/07+12/07 vom 9.+16. März 2007

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer und der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler haben dem Tornado-Einsatz in Afghanistan ihre Zustimmung verweigert und versucht, eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht gegen den Einsatz zu erwirken. Ihre Begründung: Mit dem Einsatz verstricke sich die Bundesrepublik in die völkerrechtswidrige Strategie des Präventivkrieges der US-Regierung. Noch vor diesem Schritt ermunterte sie der Chefredakteur des Blattes: „Es wäre konsequent, wenn Wimmer und Gauweiler das Bundesverfassungsgericht anriefen, um klären zu lassen, ob der von der Bundesregierung geforderte und vom Bundestag beschlossene Tornadoeinsatz völkerrechtswidrig ist.“ Von ziviler Konfliktlösung und von Friedenspolitik ist die Rechte jedoch weit entfernt. In der Ausgabe 12 beklagt das Blatt die Konzeptionslosigkeit bundesdeutscher Militäreinsätze im Ausland: „Wenn es stimmen sollte, was kleine Möchtegern-Generale im Bundestag seit Jahren schnarren, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird, müssten wir dann nicht dafür sorgen, dass dem Feind mit allen Mitteln Paroli geboten wird? ... Bis heute ist unklar, nach welchen Kriterien Deutschland Soldaten in die Welt schickt. Eine schlüssige Strategie ist nicht erkennbar.“

Wenn’s denn eine solche für die Rechte vertretbare gäbe, hätte die Rechte überhaupt nichts gegen die Auslandseinsätze deutschen Militärs.

Wer stellt die Machtfrage?

Junge Freiheit Nr. 12/2007 vom 16. März 2007

„Staat in Auflösung – Die Machtfrage ist gestellt: Ausländische Parallelgesellschaften fordern das Gewaltmonopol heraus“ titelt das Blatt. Der Autor behauptet : „Längst sind der Staat und seine Repräsentanten zum direkten Angriffsziel geworden. Dafür spricht die Zunahme gezielter Attacken auf Lehrer als erste greifbare Autoritätspersonen, aber auch auf Polizeibeamte, an denen sich der aufgestaute Hass und gesammelte Verachtung der Einwandererjugend entlädt. Noch tragen die Übergriffe den Charakter des Ungerichteten, Spontanen. Die Jugendgangs, die bereits anstelle der Staatsgewalt territoriale Kontrollansprüche anmelden, formieren sie graswurzelartig und in fluktuierender Zusammensetzung.“ Dass in der Realität Neonazis „national befreite Zonen“ ausrufen, in denen straff organisierte paramilitärische Banden das Gewaltmonopol beanspruchen, irritiert den Autor nicht. Er braucht Futter für sein Lösungskonzept:



„Härteres Durchgreifen, strengere Gesetze, mehr Polizei sind allerdings zwar notwendige, aber nicht zureichende Bedingungen zur Abwehr dieses Angriffs. Der Aufstand der Parallelgesellschaften stößt in ein Macht- und Autoritätsvakuum; er ist Symptom eines Staates in Auflösung, historischer Vollstrecker des Schicksals einer Nation, die keine sein will. Ob wir diesem Schicksal entgehen können, hängt davon ab, ob wir noch in der Lage sind, als Staatsvolk selbstbewusst zu sagen, wer wir sind und was wir wollen ...“

„Die Hölle der Vertreibung“

Nationalzeitung 11+12-2007, 9. u.16. März 2007

Den ARD-Zweiteiler „Die Flucht“ nimmt die NaZe zum Anlass, eine Serie „Die Hölle der Vertreibung“ zu starten. Zwar kritisiert das Blatt die im Film „kritiklos übernommene Sichtweise der Sieger“, begrüßt aber, dass endlich „mit dem Tabuthema Flucht und Vertreibung“ gebrochen werde. „Drei Millionen Deutsche... fielen diesem Völkermord zum Opfer“, heißt es. Man wolle mit dieser Serie „den ungesühnten Vertreibungs-Holocaust an Millionen Deutschen“ dokumentieren.

DVU will klotzen

Bremen. Da die Bremer Tageszeitungen den Abdruck von Anzeigen der DVU abgelehnt haben, will diese jetzt die geplanten Motive als Aufkleber massenhaft verbreiten. Der DVU-Spitzenkandidat im Wahlbereich Bremen, Steffen Krause (30): „Wir haben uns die angemessene Antwort überlegt. Die beiden Motive werden wir als Aufkleber in einer Auflage von 150.000 Stück im ganzen Bundesland verbreiten – vor allem an Jungwähler.“ Neben den angekündigten 150.000 CDs wäre das ein weiterer Baustein in der Materialschlacht, die die DVU organisiert, um ihren Parlamentssitz in Bremen zu halten.

Ob die Jugend Bremens allerdings so begeistert sein wird, ist beim Inhalt der CD doch zweifelhaft. Die Schulhof-CD der DVU mit dem Titel „Stolz und frei“ ist nicht die Rechtsrock-CD, die die NPD in Umlauf brachte, sondern die Schülerinnen und Schüler erwartet „das Deutschlandlied mit seinen drei Strophen, das Bekenntnis-Lied ‚Die Gedanken sind frei‘ und der ‚Badenweiler Marsch‘. 10 Titel ... die politisch Herrschende aus nichtigen Gründen verteufeln oder als Ärgernis empfinden. Das der CD beiliegende Begleitheft enthält Erläuterungen zu den Liedern sowie die Texte. Denn es ist Zeit zu rebellieren! Die DVU wünscht: Viel Freude beim Anhören und Mitsingen!“ heißt es auf der Internetseite der Partei.

Die zentrale Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl wird für Sonntag, den 6. Mai 2007, um 14.00 Uhr im Foyer der Stadthalle Bremerhaven angekündigt. Allerdings habe man den in Aussicht gestellten Mietvertrag noch nicht erhalten. „Die DVU geht davon aus, ihren Überlassungsanspruch auf dem Rechtsweg durchsetzen zu können“, kündigte Hans Weidenbach, Landespressesprecher der DVU Bremen, an.

u.b. ■